

# Die Ost-CDU, ihre Religionspolitik und das MfS

Von Gerhard Besier

## Einleitung

Zwischen 1990 und 1995 hat sich hinsichtlich der Blockparteiensforschung ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Während Christian von Dithfurth 1991 die Ost-CDU insgesamt noch als willfähiges Anhängsel der SED darstellte,<sup>1</sup> zählen parteinahe Forscher – besonders im Blick auf die Endphase der DDR und mittels einer Differenzierung zwischen Parteiführung und -basis – die größte Blockpartei immer deutlicher zu den Oppositionsgruppen.<sup>2</sup> Auf diese Umbewertung hat Siegfried Suckut hingewiesen und daran die Warnung angeschlossen, daß die Gefahr von Fehleinschätzungen

---

1 Christian v. DITHFURTH, *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991. Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei*, Düsseldorf 1995, S. 18 f., urteilt ohne Einzelnachweise: »Die als ›Streitschrift‹ konzipierte Arbeit Dithfurths dient tagespolitischen Zwecken und hält aufgrund ihres unkritischen Umgangs mit den Quellen wissenschaftlichen Maßstäben nicht stand.«

2 Vgl. dazu Manfred AGETHEN, *Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der »Brief aus Weimar« und der »Brief aus Neuenhagen«*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen (HPM)* 1/1994, S. 89-114; DERS., *Die CDU in der DDR*, in: *Kleine Geschichte der CDU*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Stuttgart 1995, S. 201-249; Michael RICHTER/Martin RISSMANN (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Entstehung und Entwicklung* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 2), Köln-Weimar-Wien 1995. In der undatierten und nicht mehr weitergegebenen MfS-Information Nr. 502/89 von Mitte November 1989 heißt es über die Emanzipation der Ost-CDU im Prozeß des SED-Machtverfalls: »Dem MfS vorliegenden internen Hinweisen zufolge fanden auf der letzten Sitzung der Volkskammerfraktion der CDU am 3. November 1989 kontroverse Auseinandersetzungen statt. In der Diskussion wurde in sehr aggressiver Form über die ›Anmaßung der führenden Rolle der SED‹ gesprochen und gefordert, daß die befreundeten Parteien entsprechend ihrer Mitgliederzahl in der Regierung und obersten Volksvertretung beteiligt werden [...] Während der Beratung des Hauptvorstandes der CDU [am 10.11.1989] wurden auch Fragen zur Stellung der CDU im Demokratischen Block sowie der inhaltlichen Ausgestaltung der weiteren Parteiarbeit beraten. Dabei wurde sichtbar, daß kirchliche Kräfte der CDU, insbesondere die Unterzeichner des ›Weimarer Briefes‹, starke Positionen errungen haben und der Auffassung sind, mit der Wahl von [Lothar] de Maizière als Parteivorsitzenden ihren Einfluß noch stärker zur Geltung bringen zu können. Intern wurde bekannt, daß die Unterzeichner des ›Weimarer Briefes‹ sowohl unter den bisherigen hauptamtlichen Parteikadern Radzimanowski und Trende als auch bei einzelnen Mitgliedern der CDU-Fraktion Unterstützung erhalten«. BStU [Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR], ZA, ZAIG 3750, Bl. 22-24.

»heute größer [sei] als in den Jahren vor der Vereinigung«<sup>3</sup>. Als Indiz für die zutreffende Beobachtung dieses Perspektivwechsels kann auch gelten, daß einer der problematischsten Ost-CDU-Funktionäre, nämlich Präsidiumsmitglied Günter Wirth, den Ditfurth noch als einen »herausragenden Kryptokommunisten der DDR« gewürdigt hatte,<sup>4</sup> seit 1995 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Artikel und Rezensionen zur Vergangenheit seiner Partei schreiben darf.<sup>5</sup>

Nicht nur die Binnenstrukturen der Ost-CDU und ihr Wirken in den verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte bedürfen einer differenzierenden Betrachtung. Auch für ihre einzelnen Arbeitsfelder lassen sich womöglich unterschiedliche Bewertungen geltend machen.

Für den Arbeitsbereich Kirchen stellte Michael Richter 1991 fest: »Mit ihrer Arbeit unterstützte die CDU die SED in ihrem Bemühen, die Eigenständigkeit und den Einfluß der Kirchen einzuschränken. Die CDU war somit in bezug auf die Kirchen zu einem Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrument der SED und des MfS degeneriert.«<sup>6</sup>

Diese summarische Einschätzung läßt sich im einzelnen belegen.<sup>7</sup> Das soll im folgenden hinsichtlich der Beeinflussung von Ost-CDU-Kirchenpolitikern durch das MfS geschehen. Wie für viele andere Bereiche der DDR-Gesellschaft auch, sind zwar von der Kreissekretärs-Ebene bis hin zur Parteispitze einzelne CDU-Funktionäre und Parteimitglieder bekannt, die gleichzeitig als Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS arbeiteten.<sup>8</sup> Eine quantitative Erhebung für die Gesamtpartei wie für einzelne ihrer Arbeitsbereiche,

3 Siegfried SUCKUT, *Die früheren westdeutschen Forschungen zur Geschichte der Blockparteien – Leistungen und Defizite*, in: Heiner TIMMERMANN (Hrsg.), *DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven*, Berlin 1995, S. 111-115; Zitat: S. 115.

4 Chr. v. DITFURTH (wie Anm. 1), S. 69.

5 Günter WIRTH, *Gegenkultur aus bildungsbürgerlichem Geist*, in: FAZ Nr. 78 vom 1.4.1995 (Glanzbeilage); in der FAZ vom 8.10.1995 rezensierte WIRTH die Arbeit von M. RISSMANN, *Kaderschulung* (wie Anm. 1). Siehe dazu den Leserbrief von Steffen Heitmann, in: FAZ Nr. 268 vom 17.11.1995. Vgl. auch G. Wirths Aktenvermerk vom 6.11.1987 über den FAZ-Empfang anlässlich der 750-Jahrfeier Berlins im Grand-Hotel und sein Gespräch mit FAZ-Herausgeber Johann Georg Reißmüller im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), VII-010- 3338.

6 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1991, S. 328 f.; vgl. auch Martin RISSMANN, *Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR*, in: HPM 1/94, S. 69-88, bes. S. 87 f.

7 Vgl. dazu auch Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates: Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts*, Ges. Aufsätze, Bd. 2, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 190-270.

8 Vgl. die Bestände des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu dem als IM »Czerny« geführten Lothar de Maizière (BStU, ZA, HA XX, AP 01236/92; HA XX, AP 14735/92; ZAIG 3500; 3638; 3750; HA XX/4-450; HA XX/4-1981), seit 1986 Vizepräsident der Synode des DDR-Kirchenbundes, im November 1989 Nachfolger Gerald Göttings als Vorsitzender der Ost-CDU, 1990 DDR-Ministerpräsident, 1990/91 Bundesminister für besondere Aufgaben; zu Hermann Kalb (GI

die über den Grad der Durchdringung mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS Auskunft geben könnte, liegt aber noch nicht vor und wurde von der »Gauck«-Behörde bisher auch noch nicht in Angriff genommen.<sup>9</sup> Allerdings ist inzwischen deutlich, daß schon seit den frühen 50er Jahren CDU-Funktionäre in Schlüsselfunktionen nebenamtlich auch für das MfS arbeiteten.<sup>10</sup> Im folgenden beschränke ich mich im wesentlichen auf die 50er und 60er Jahre.

1. 1950: Die »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« der DDR-Regierung und das »Hauptreferat Kirchenfragen« der Ost-CDU wird eingerichtet

Der politisch-ideologische Gleichschaltungsprozeß der Ost-CDU zwischen 1947 und 1952/53<sup>11</sup> hatte es zwar nicht vermocht, alle Parteiebenen zu erfassen, aber doch zu einem katastrophalen Mitgliederschwund und einem dramatischen Mitgliederaustausch geführt.<sup>12</sup> Die Partei war in wenigen Jahren eine andere geworden. Dennoch gab es auch in der Parteileitung selbst – trotz des Bekenntnisses zu einem »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« – in einzelnen Sachfragen immer wieder Abweichungen von der vorgeschriebenen Parteilinie.<sup>13</sup> Diese Parteilinie wurde zwar von

»Hugo«, »Hermann«, »Schütz«, BStU, ZA, MfS AIM 12983/63), von 1977-1989 Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, und zu Wolfgang Heyl (BStU ZA MfS AP 10155/92; 14335/92; 20046/92; 20047/92), 1976-1989 Mitglied des Präsidiums der Volkskammer, im November 1989 für einen Monat Ost-CDU-Vorsitzender, vgl. Bernd-Rainer BARTH u.a. (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch*, Frankfurt/M. 1995, S. 306 f.

<sup>9</sup> Auskunft Siegfried Suckut, Abt. BF der Gauck-Behörde vom 13.11.1995.

<sup>10</sup> Der gegen Gerald Götting und Otto Nuschke von 1954 bis 1957 gerichtete Operativvorgang »Tarnmanöver« (BStU, ZA, AOP 1194/57, 3 Bde.) wegen des Verdachts der Zersetzungstätigkeit basiert »auf Informationen inoffizieller Mitarbeiter aus der Parteileitung der CDU« und auf Aussagen Georg Dertingers (a.a.O., Bd. 2, Bl. 93). Rechtsanwalt Clemens de Maizièrre (1907-1980), seit 1946 Mitglied der CDU und bis 1949 Parteisekretär des CDU-Landesverbandes Thüringen, wurde 1957 vom MfS geworben (GM »Clemens«, »Pfühll«, »Anwalt«). Seit 1963 war das kirchenleitende Mitglied des französisch-reformierten Moderamens – in dieser Funktion auch Synodaler der Evangelischen Kirche Berlin Brandenburg – auf der »Kirchenlinie« des MfS eingesetzt (BStU, ASt. Berlin, AIM 5647/88, 11 Bde.).

<sup>11</sup> Vgl. dazu Franz-Josef KOS, *Der Erfurter Schauprozeß und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/53*, in: Brigitte KAFF (Hrsg.), *»Gefährliche Gegner«. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 125-158. Siehe auch Norman M. NAIMARK, *The Soviets and the Christian Democrats: The Challenge of a »Bourgeois« Party in Eastern Germany, 1945-1949*, in: *The European Politics and Societies* 9 (1995), S. 369-391.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Markus KIEFER, *Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 152 ff. Von 1949 bis 1958 ging die Zahl der Mitglieder von 206.114 auf 99.372 zurück. Gleichzeitig fand ein enormer personeller Austausch in der Mitgliedschaft ein. Von 1958 bis 1971 stagnierte die Mitgliederzahl. Erst seit 1971 setzte dann wieder ein stetiges Wachstum ein.

<sup>13</sup> Vgl. Thomas N. RAABE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung?*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 127-137. Siehe auch DERS., *SED-Staat und katholische Kirche*.

der Abteilung »Leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen« im ZK der SED klar vorgegeben, aber trotz grundsätzlicher Loyalität der Blockparteiern manchmal eigenwillig interpretiert.<sup>14</sup>

Das galt sogar für Otto Nuschke, der zunächst das volle Vertrauen der SMA genoß.<sup>15</sup> Nach der Umgestaltung der Partei in eine zentral gelenkte Kaderpartei im Jahr 1950 durfte der Parteivorsitzende Nuschke nur noch Repräsentationsaufgaben wahrnehmen, während Generalsekretär Gerald Götting die eigentliche Führung der Partei übernahm.<sup>16</sup> Ihm zur Seite stand Gerhard Fischer, von 1951 bis 1953 Mitarbeiter der CDU-Hauptgeschäftsstelle in Berlin und Göttings Referent, seit April 1952 auch als Geheimer Informator (GI) »Albrecht« für das MfS tätig.<sup>17</sup> Seit seiner Entmachtung versuchte Nuschke einen Brückenschlag zwischen den berechtigten Anliegen der Kirchen einerseits und den kirchenpolitischen Vorgaben der führenden Partei andererseits vorzunehmen.<sup>18</sup>

Die Anfang 1950 für Kirchenfragen eingerichtete DDR-Regierungsstelle »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« wurde Nuschke unterstellt, der sich kirchenpolitisch von dem EKD-Bevollmächtigten am Sitz der DDR-Regierung, Heinrich Grüber<sup>19</sup>, und von dem thüringischen Bischof Moritz Mitzenheim<sup>20</sup> beraten ließ. Nach Nuschkes Tod im Dezember 1957

---

*Politische Beziehungen 1949-1961* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Bd. 70), Paderborn 1995, S. 85 ff., hier S. 137.

14 Vgl. Markus KIEFER (wie Anm. 12), S. 139-158.

15 Vgl. Frank DIETZE, *Die Ost-CDU*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 57.

16 Vgl. zu Götting BStU, ZA, AOP 1194/57, 3 Bde.

17 Gerhard Fischer (geb. 1930) machte eine steile Ost-CDU-Karriere und veröffentlichte 1983 im Union-Verlag der CDU ein parteikonformes Lebensbild Otto Nuschkes. Seine Tätigkeit als GI »Albrecht« wurde am 30.11.1962 seitens des MfS eingestellt, weil Fischers Mitarbeit zu wünschen übrig ließ (BStU, ZA, AIM 22797/62, I,1 und II, 1-2).

18 Vgl. hierzu und zum folgenden Hermann WENTKER, *Ost-CDU und Protestantismus 1949 bis 1958*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* (KZG) 6 (1993), S. 349-378. Einem sowjetischen Bericht vom 21.6.1955 zufolge setzte sich Nuschke 1951 für die Senkung des Ablieferungs-Solls von Kirchenländereien ein und verteidigte konservative Kirchenführer wie Otto Dibelius. Auch habe er sich gegen die juristisch unhaltbaren Waldheim-Prozesse ausgesprochen (BStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 2, Bl. 25-37). Im März 1957 wollte Nuschke einen Artikel in der »Neuen Zeit« (NZ) veröffentlichen, in dem er sich sehr positiv über Dibelius äußerte. Der Absatz wurde vom Chefredakteur der NZ, Schaper, nach Rücksprache mit Götting aus seinem Manuskript gestrichen (a.a.O., Bl. 80-90).

19 Vgl. dazu Gerhard BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche*, Bd. 1: *Der Weg in die Anpassung*, München 1993, S. 61 ff.

20 Vgl. zu Mitzenheim BStU, ZA 334/66; 11226/92; 12650/92; 11364/92. Aus der Korrespondenz mit Minister Albrecht (Erfurt) im Jahr 1950 sowie seinem Brief an Pfarrer Pasche vom 15.4.1950 (BStU, ZA 334/66) geht hervor, daß Mitzenheim zu dieser Zeit der SED-Politik äußerst kritisch gegenüberstand. Aus dem MfS-Bericht Zobel vom 18.2.1953 (BStU, ZA 12650/92, Bl. 22-25) geht hervor, daß Mitzenheim von Oberkirchenrat Gerhard Lotz und Kirchenreferent Kurt Alisch, beide Ost-CDU, beeinflusst wurde, mit Generalsekretär Götting Verbindung aufzunehmen. Vgl. dazu Clemens VOLLNHALS, *Oberkirchenrat Gerhard Lotz*

verlor die Ost-CDU diese Regierungsstelle. Sie wurde aufgelöst bzw. zum Staatssekretariat für Kirchenfragen umstrukturiert, dessen Leiter Eggerath, Seigewasser, Gysi<sup>21</sup> und Löffler ausnahmslos SED-Funktionäre waren.

Ebenfalls 1950 wurde zur Bewältigung der kirchenpolitischen Aufgaben der Ost-CDU das »Hauptreferat Kirchenfragen« gegründet. Die ersten beiden Leiter, Willi Leisner (Februar 1950-August 1952)<sup>22</sup> und Kurt Alisch (November 1952-Februar 1953), wurden wegen Abweichungen von der kirchenpolitischen Parteilinie abgelöst.<sup>23</sup> Im Februar 1953 übernahm der Götting völlig ergebene, ehemalige persönliche Referent des Generalsekretärs, Günter Wirth<sup>24</sup>, die Leitung des Referats, das er in Personalunion mit dem Referat Verbindung zum Ausland führte.<sup>25</sup> Nach der von Moskau befohlenen kirchenpolitischen Wende Anfang Juni 1953<sup>26</sup> gerieten Götting und Wirth wegen ihrer harten Unterdrückungspolitik gegenüber der Jungen Gemeinde in schwere Bedrängnis.<sup>27</sup> Schon im August 1953 übernahm Walter Bredendiek von Wirth das Kirchenreferat, im April 1954 folgte Herbert Trebs<sup>28</sup>, seit November 1947 CDU-Mitglied. Dieser übernahm kurz darauf – im September 1954 – auch eine Redakteursstelle bei der »Neuen Zeit«, blieb aber im Hauptvorstand der CDU und kümmerte sich noch eine Zeitlang auch um die Kirchenangelegenheiten seiner Partei. Am 1. November 1958 wurde dann der Lehrer und Methodisten-Laienprediger Carl Ordnung Abteilungsleiter für Kultur- und Kirchenfragen bei der CDU-Parteileitung, war aber

*und das Ministerium für Staatssicherheit. Zur IM-Akte »Karl«, in: DA 27 (1994), S. 332-336. Später suchte Mitzenheim immer wieder – allerdings nur in persönlichen Briefen – Staats- und Parteifunktionäre zugunsten kirchlicher Anliegen einzunehmen. Vgl. seinen Brief an Seigewasser vom 26.11.1969 (BStU, ZA, 11364/92, Bl. 44-47).*

21 Klaus Gysi (geb. 1912) arbeitete seit 1957 auch als Inoffizieller Mitarbeiter »Kurt« für das MfS (BStU, ZA, MfS, AIM 3803/65).

22 Am 5.2.1953 wurde Leisner (geb. am 6.10.1899) arrestiert und blieb für einige Monate in Untersuchungshaft. Vgl. dazu Andreas SCHALÜCK, *Kirchenpolitische Strukturen der Ost-CDU*, in: RICHTER/RISSMANN (wie Anm. 2), S. 64-68. Noch im selben Jahr arbeitete auch er als GM »Schönborn« (Reg.-Nr. MfS 3308/53) für das MfS (BStU, ZA, MfS, AIM 153/58, 12 Bde.).

23 Vgl. hierzu A. SCHALÜCK (wie Anm. 22), S. 63-89.

24 Vgl. zu Wirth die Unterlagen in BStU, ZA, MfS, AP 878/54.

25 Vgl. GM-Bericht »Hartmut« vom 29.1.1953, BStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 1, Bl. 38.

26 Vgl. dazu G. BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche*, Bd. 1 (wie Anm. 19), S. 123-131.

27 Götting und Wirth wurden von eigenen Parteifunktionären aufgefordert, ihre Ämter niederzulegen, BStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 1, Bl. 67; 74; 99 f. Wegen seiner SED-kritischen Äußerungen nach dem 17.6.1953 leitete andererseits das Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) gegen Götting einen Überprüfungsvorgang wegen des Verdachts ein, er wolle »unter Ausnutzung seiner Funktion eine Zersetzungsarbeit innerhalb der CDU [...] betreiben mit dem Ziel, die Einheit Deutschlands auf bürgerlich-kapitalistischer Grundlage wiederherzustellen« (SfS-Beschluß vom 12.2.1954, a.a.O., Bl. 110). Seit September 1950 bestand zwischen dem SfS und Götting ein offizieller Kontakt. Im Abstand von vier bis acht Wochen machte Götting dem SfS »offizielle Mitteilungen von Parteiangelegenheiten« (a.a.O., Bl. 107-109). Vgl. auch Leo HAUPTS, *Die Blockparteien und der 17. Juni 1993*, in: Brigitte KAFF (wie Anm. 11), S. 159-193.

28 Vgl. Auskunftsbericht Baldauf vom 1.3.1965, BStU, ZA, MfS, AIM 10990/68, I/1, Bl. 226 f.

aufgrund seines Engagements in der Prager Christlichen Friedenskonferenz kaum präsent.<sup>29</sup> Seit 1965 leitete schließlich Gerhard Quast das Hauptreferat Kirchenfragen und brachte Arbeitskontinuität in die Abteilung.

Nicht nur auf zentraler, sondern auch auf Kreis- und Bezirksebene – etwa in Gestalt der Arbeitsgemeinschaften für Kirchenfragen bei den Ost-CDU-Bezirksverbänden – unternahm die CDU seit Anfang der 50er Jahre einige Anstrengungen, den Staat-Kirche-Komplex politisch-ideologisch zu besetzen.<sup>30</sup>

## 2. Das MfS spannt seit 1955 ein IM-Netz über die CDU-Domäne »Kirchenpolitik«

Im Zuge der Reorganisation und des Ausbaus des Ministeriums für Staatssicherheit Mitte der 50er Jahre<sup>31</sup> übernahm der Geheimdienst auch die »Sicherung« des »Hauptreferats Kirchenfragen« der Ost-CDU. Dessen neuer Leiter, Herbert Trebs, wurde im Juli 1954, also drei Monate nach Übernahme des Referats, zum zweiten Mal als »Geheimer Informator« verpflichtet.<sup>32</sup> Da Trebs über seine Dienstreisen etc. zuerst dem MfS und dann erst Götting berichtete, war es im Juni 1954 zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem CDU-Generalsekretär, der hiervon erfahren hatte, und seinem Mitarbeiter gekommen.<sup>33</sup>

Da die Otto Nuschke unterstehende Regierungsstelle Hauptabteilung »Verbindung zu den Kirchen« ebenfalls fest in CDU-Händen war, aber in den ersten vier Jahren der Behörde »kein inoffizieller Mitarbeiter darin

<sup>29</sup> Vgl. zu Ordnung, seit 1952 CDU-Mitglied, B.-R. BARTH u.a. (Hrsg.), *Wer war wer in der DDR* (wie Anm. 8), S. 550. Ordnung wurde vom MfS als IMF »Vogtländer« (Reg.-Nr. XV-3768/76) geführt. Am 18. 12. 1989 wurde der IM-Vorgang gelöscht.

<sup>30</sup> Am 4.12.1954 berichtete Trebs (»Anton«) dem MfS über ein Gespräch mit Götting. Danach soll dieser geäußert haben, er wolle »alle christlichen Dinge bei der CDU monopolisieren [...] Wenn er erst erreicht hätte, daß alle christlichen Dinge bei der CDU konzentriert sind, dann hätte er auch gegenüber der SED eine ganz andere Verhandlungsposition. Und auch mit den Kirchen könne er dann anders reden« (BStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 2, Bl. 11-14).

<sup>31</sup> Vgl. Gerhard BESIER/Stephan WOLF (Hrsg.), »Pfarrer, Christen und Katholiken«. *Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen*, Neukirchen-Vluyn <sup>2</sup>1992, S. 10; Roger ENGELMANN/Silke SCHUMANN, *Kurs auf entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57* (BF informiert 1/1995), Berlin 1995.

<sup>32</sup> Vgl. Dietmar LINKE, *Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten*, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 59.

<sup>33</sup> Vgl. Bericht der HA V/3 vom 7.7.1954, BStU, ZA, AOP 1194/57, Bd. 1, Bl. 120 f. und Bericht des HGI »Winter« vom 24.7.1954, a.a.O., 124-126. Trebs berichtete dem MfS weiterhin über alle Vorkommnisse in seiner Partei, auch über Götting.

vorhanden war«<sup>34</sup>, suchte das MfS 1955 diesem »Notstand« abzuwehren. Als Anfang September 1955 der damals 24jährige Jurist Gerhard Quast, seit 1949 Mitglied der CDU, in der Behörde neu eingestellt wurde, erfolgte zwei Monate später der Vorschlag, ihn für das MfS anzuwerben, »um über alle Vorgänge in der HA [Hauptabteilung] sowie alle die Pfarrerschaft betreffenden Dinge informiert zu werden«<sup>35</sup>. Schon einen Monat später konnte die Werbung realisiert werden.<sup>36</sup> Der aus kleinen bäuerlichen Verhältnissen stammende Quast nahm neben der hauptamtlichen Tätigkeit in Nuschkes »Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen« auch in seiner Partei mehrere Funktionen wahr, so 1956 die des ehrenamtlichen Kreisvorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Lichtenberg. Sowohl über die Arbeit in der Regierungsstelle wie über Interna seiner Partei berichtete er regelmäßig dem MfS. Außerdem nahm er im Auftrag des MfS an EKD-Synoden, dem Frankfurter Kirchentag von 1956<sup>37</sup> und Veranstaltungen der Evangelischen Akademie teil und gab seinen nebenamtlichen Arbeitgebern auch darüber Informationen.<sup>38</sup> Nach der Gründung des Staatssekretariats für Kirchenfragen wurde Quast im April 1957 übernommen – ebenso übrigens wie der Stellvertreter Nuschkes, Hartwig, der ebenfalls Mitglied der CDU war und nun zu Eggeraths Stellvertreter avancierte. Doch Hartwig wurde von Propst Grüber wie seinem Mitarbeiter Schade verdächtigt, für das MfS zu arbeiten;<sup>39</sup> nicht zuletzt darum suchten die Kirchen den Kontakt mit ihm zu meiden.

In der neugeschaffenen Behörde wurde Quast vom MfS »für die Einschätzung und Veränderung der Situation innerhalb des Staatssekretariats f. Kirchenfragen«<sup>40</sup> eingesetzt, obwohl nicht nur die Behördenleitung fest in SED-Hand war, sondern auch Inoffizielle Mitarbeiter mit SED-Parteizugehörigkeit, besonders wäre hier Hans Wilke zu nennen,<sup>41</sup> im

34 Auskunftsbericht über Quast vom 24.3.1960, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 55-58; Zitat: 56.

35 Vorschlag zur Anwerbung eines GI vom 9.11.1955, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 12.

36 Bericht vom 16.12.1956 über die durchgeführte Werbung, a.a.O., Bl. 16 f.; vgl. a.a.O., Bl. 31.

37 Vgl. Bericht Kinza vom 15.8.1956 über Treff mit GI »Otto« vom 14.8.1956, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, II,1, Bl. 41-47. Siehe hier die detaillierte Schilderung der Behandlung Nuschkes und Dieckmanns durch offizielle Kirchenvertreter in Frankfurt/M. Vgl. auch G. BESIER, *Der SED-Staat*, Bd. 1 (wie Anm. 26), S. 210.

38 Vgl. Einschätzungen des GI »Otto«, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 41 f.; 49 ff.

39 Vgl. Treffbericht Kullik mit Hans Wilke vom 17.5.1958, BStU, ZA, AIM 2968/70, II/4, Bl. 16-23, bes. Bl. 19.

40 BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 43.

41 Wilke arbeitete seit 1958 in der Behörde des Staatssekretärs für Kirchenfragen. Die Kirchen hatten ihm dazu geraten; sie wußten ebensowenig von seiner SED-Mitgliedschaft (seit 1950) wie seiner Zusammenarbeit mit dem MfS als IM »Horst« (seit 1954) und hielten ihn für »ihren« Mann, BStU, ZA, AIM 2968/70, 6 Bde.

Staatssekretariat arbeiteten. Ende 1959 wollte Quast das Staatssekretariat verlassen, weil ihn die Aufgabenstellung nicht befriedigte. Auf Empfehlung des damaligen Leiters der Abteilung Kaderpolitik bei der Parteileitung der CDU, Hermann Kalb, schrieb er an Staatssekretär Eggerath und stellte diesen vor die Alternative, ihm eine berufliche Perspektive zu bieten oder auf ihn zu verzichten.<sup>42</sup> Quast blieb vorerst.

Nicht nur zu Kalb, sondern auch zu den anderen Mitgliedern des CDU-Hauptvorstandes – Gerald Götting, Günter Wirth und Herbert Trebs – bestanden enge Kontakte.<sup>43</sup> Mitte des Jahres 1965 wechselte Quast dann vom Staatssekretariat für Kirchenfragen in die Leitung des »Hauptreferats Kirchenfragen« beim Hauptvorstand der CDU. Gleichzeitig wurde er innerhalb des MfS von der HA XX/6 in die HA XX/4 umregistriert.<sup>44</sup>

Ein Jahr darauf brachte Roßberg zu Papier, welchen Wert Quast als Inoffizieller Mitarbeiter inzwischen besitze:

»Der GI berichtet jetzt über interne Vorgänge in seiner Abteilung u. um seinen Parteivorsitzenden Gerald Götting. Mit seiner Hilfe konnten bereits pol. op. wichtige Aufgaben durchgesetzt werden, wie zielgerichteter Einfluß auf die theol. Fakultät u. auf einzelne Persönlichkeiten. Die beim Treff abgesprochenen Richtlinien setzt er jetzt auch gegenüber seinem Vorgesetzten [Götting] durch. Was ebenfalls überwunden werden konnte, war die Scheu, interne Materialien der CDU auszuhändigen [zur Einsichtnahme oder leihweise]. In der Vergangenheit übergab jetzt der IM schon mehrmals solche Materialien.«<sup>45</sup>

Roßbergs Einschätzung legt nahe, daß Quast in einem Loyalitätskonflikt zwischen seiner Partei einerseits und dem MfS andererseits stand, den er zunächst dadurch zu lösen suchte, daß er dem MfS interne Vorgänge in der CDU nicht mitteilte und die Anweisungen seines offiziellen Vorgesetzten Götting mehr beherzigte als die seines Führungsoffiziers. In einer Art »Erziehungsprozeß« meinte Roßberg dann diesen Konflikt beseitigt zu haben.<sup>46</sup>

Als Beispiel für ganz analoge Verhältnisse auf Kreis- und Bezirksebene kann die Anwerbung Manfred Bertlings durch die MfS-Kreisdienststelle Rostock gelten. Der ehemalige Diakon stand von 1957 bis 1965 im kirchlichen Dienst und arbeitete dann bei der Abteilung Volksbildung als Lehrausbilder für den polytechnischen Unterricht. 1965 kandidierte er für die CDU als Stadtverordneter und wurde in die Rostocker Stadtverordnetenversammlung

42 Vgl. Schreiben Quast an Eggerath vom 12.12.1959, a.a.O., Bl. 53 f.

43 Vgl. Auskunftsbereich über Quast vom 22.9.1961, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 70 f.

44 Vgl. Aktenvermerk Roßberg vom 3.7.1965, a.a.O., Bl. 75.

45 Einschätzung Quasts durch Roßberg vom 3.12.1966, a.a.O., Bl. 87 f.

46 Einschätzung Roßberg vom 1.4.1969, a.a.O., Bl. 89 f.



gewählt.<sup>47</sup> 1969 – im Jahr seiner Werbung<sup>48</sup> – wurde er hauptamtlicher Mitarbeiter im CDU-Bezirksverband Rostock. Bertling unterhielt gute Kontakte zu seinem früheren Arbeitsfeld; zunächst dachte das MfS daran, ihn nach einem Theologiestudium »erneut in den hauptamtlichen Kirchendienst einzuschleusen«<sup>49</sup>. Auf »persönlichen Wunsch«<sup>50</sup> von Gerald Götting wurde Bertling 1971 als Kreissekretär nach Greifswald versetzt, um dort die darniederliegende Parteiarbeit wieder aufzubauen und unter den Universitätslehrern wie in kirchlichen Kreisen für seine Partei zu werben.<sup>51</sup> Während das MfS Bertling zunächst auf den Bereich Kirche ansetzte, erstreckte sich die inoffizielle Tätigkeit zunehmend auch auf den Parteibereich.<sup>52</sup>

### 3. CDU-Funktionäre stehen im Loyalitätskonflikt zwischen Partei und MfS

Soweit sie – wie Trebs und Quast – einen Loyalitätskonflikt zwischen Partei und Staatssicherheit verspürten, suchten die Parteifunktionäre und -mitglieder diesen durch das Bemühen zu lösen, im Falle der Vergabe von Stellen eindeutig Parteimitglieder zu bevorzugen und zu diesem Ziel auch die MfS-Kontakte zu nutzen. So legten Trebs und Quast besonderes Gewicht auf eine angemessene Beteiligung der Ost-CDU an den personellen und sachlichen Entscheidungen im Bereich der theologischen Fakultäten/Sektionen. Die »Kontrolle der theol. Fakultäten« gehörte ausdrücklich zu den Schwerpunkten von Quasts inoffizieller Tätigkeit für das MfS.<sup>53</sup> Ob er durchschaute, daß auch SED-Religionspolitiker und SED-nahe Theologen enge Kontakte zum MfS unterhielten und dadurch die MfS HA XX/4 unversehens zu der Stelle wurde, die für einen gewissen Interessenausgleich zu sorgen hatte, geht aus den Akten nicht hervor. Auf Drängen Gerald Göttings wurde

47 Vgl. Ermittlungsbericht vom 12.2.1969, BStU, ASt. Berlin, AIM 8199/91, I, 1, Bl. 49 f.

48 Bericht über die durchgeführte Werbung vom 25.3.1969, a.a.O., Bl. 20 f. Bertling wählte den Decknamen »Heinrich Schade« und unterzeichnete eine handschriftliche Verpflichtungserklärung (a.a.O., Bl. 23).

49 Einschätzung vom 30.5.1972, a.a.O., Bl. 24 f.

50 Einschätzung vom 30.5.1972, a.a.O., Bl. 24.

51 Vgl. Kurzeinschätzung vom 15.1.1980, a.a.O., Bl. 124-127.

52 Vgl. Einschätzung vom 27.8.1980, a.a.O., Bl. 129 f.; Aktenvermerk vom 26.3.1987, a.a.O., 175.

53 Einschätzung Roßberg vom 1.4.1969, BStU, ZA, MfS, AIM 3010/68, P, Bl. 89-91. Ein anderer Schwerpunkt lautete: »Weiterer Ausbau des Kontakts zu Konsistorialrat Stolpe, Berlin. Zwischen beiden besteht eine halboffizielle Verbindung. Der Kontakt ist für die Informationsbeschaffung von großer Bedeutung« (a.a.O., Bl. 90 f.). Vgl. zum Kontakt Quast-Stolpe auch Treffbericht Roßberg vom 3.8.1966 (a.a.O., Bl. 81-85); auch G. BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates* (wie Anm. 7), passim. Am 17.3.1970 wurde der GI-Vorgang »Otto« eingestellt (a.a.O., Bl. 92).

jedenfalls Gerhard Bassarak<sup>54</sup> – übrigens gegen den Willen des Dekans und CDU-Mitgliedes Hans-Hinrich Jenssen<sup>55</sup> – an der Berliner theologischen Fakultät etabliert.<sup>56</sup> Auch Herbert Trebs wurde 1966 mit ausdrücklichem Einverständnis des CDU-Hauptvorstandes auf seine Berliner Dozentur berufen.<sup>57</sup> Ein klares Interesse der CDU-Leute an einer Bestandserhaltung ihrer Partei und deren Einflußbereich ist also immer wieder festzustellen. Sehr viel schwieriger ist es, im einzelnen zu zeigen, daß damit auch eine inhaltliche Alternative zur SED verbunden war.

Nach Überzeugung des MfS bildete die Kombination von CDU-Mitgliedschaft mit inoffizieller Geheimdienstarbeit eine gute Voraussetzung für die angestrebte Partei-, Universitäts- oder sogar Kirchenkarriere. Sobald eine Beförderung auch durch Fürsprache des MfS gelungen war, vergaß der Führungsoffizier nie, die Beteiligung seiner Behörde zu erwähnen. Nicht selten rekrutierten sich CDU-Kreissekretäre aus den Reihen ehemaliger kirchlicher Mitarbeiter oder Theologiestudenten.<sup>58</sup> In diesen Fällen war die Loyalität gegenüber dem MfS oft höher als gegenüber der Partei.

Die Führungsoffiziere setzten bei ihren Inoffiziellen Mitarbeitern eine strikte Bejahung der DDR, »Treue zum Sozialismus« und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse voraus. Auf feinere Unterscheidungen wie die Beobachtung ideologischer Differenzen zwischen der SED und ihrer größten Blockpartei legten sie dagegen keinen Wert, da ein kompromißloses Votum zugunsten der SED-Parteilinie ihrer Rolle als Berater und vorsichtiger Interpret der persönlichen wie beruflichen Situation des IM nur geschadet hätte. Überdies hätte ihr offenes politisches Urteil den Informationsfluß stören können.

Die Erziehung zu ideologischer Standfestigkeit gehörte nicht zum pädagogischen Programm des Führungsoffiziers. Seine operative Psychologie konzentrierte sich vielmehr auf etwas anderes: die Bereitschaft des IM, ihm rückhaltlos zu vertrauen, offen und ohne Aufforderung alles mitzuteilen und Aufträge auszuführen. Diese Zielvorstellungen minderten die

---

54 Vgl. zu Bassarak D. LINKE (wie Anm. 31), S. 70, 523. Götting bezichtigte Bassarak der »Wühlarbeit gegen die CDU« und wollte ihn offenbar kaltstellen. Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 13.7.1966, BStU, ZA, AIM 3010/68, A,II, Bl. 78-80.

55 Zu den Querelen über die Nachfolge im Amt des Dekans vgl. Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 18.8.1967, a.a.O., Bl. 107-110. Vgl. auch G. BESIER, Auf der kirchenpolitischen Neben Bühne des SED-Staates (wie Anm. 7), S. 213 f.

56 Vgl. Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 6.10.1967, BStU, ZA, AIM 3010/68, A,II, Bl. 111-118; hier: 116 f.

57 Zu Trebs (IM »Anton«) vgl. D. LINKE (wie Anm. 31), S. 59, 62 f., 523. Vgl. auch Treffbericht Roßberg über Gespräch mit Quast vom 4.11.1966 (BStU, ZA, AIM 3010/68, A,II, Bl. 86-88) und Treffbericht Roßberg vom 4.10.1966 über Gespräch mit Quast (a.a.O., Bl. 89-95).

58 Vgl. z.B. den Fall Manfred Potschka (IM »Stern«), BStU, ASt. Leipzig, MfS, AIM 10843/87, II, Bl. 1-7.

Loyalitätskonflikte deutlich, da der MfS-Offizier eher in der Rolle des Moderators verharrte als direkt auf die parteipolitischen Inhalte und innerparteiliche Querelen Einfluß zu nehmen. Bei den in den 50ern blutjung in den CDU-Parteiparat Übernommenen konnte man ohnedies eine grundsätzliche Loyalität gegenüber der SED voraussetzen.<sup>59</sup> Abweichungen von der vorgegebenen kirchenpolitischen Parteilinie wurden innerparteilich geahndet, wie die Beispiele Leisner und Alisch zeigen. Es gehörte zu den Zielen der Parteileitung unter Götting, die Parteimitglieder über entsprechende Kadermaßnahmen organisatorisch und politisch-ideologisch straff zu führen, so daß sich das MfS um die innerparteiliche Machtabsicherung gar nicht zu kümmern brauchte.<sup>60</sup> Nicht immer gelang es freilich der Führungselite um Götting, den Widerspruch an der Parteibasis vollkommen zu unterdrücken. Mehr als auf der zentralen Ebene wurde ein Grundwiderspruch thematisiert: Mit der von der SED angestrebten Zurückdrängung des Christentums mußte auch die CDU fortschreitend an Bedeutung verlieren. Dieser wachsende Bedeutungsverlust war seit den 70er Jahren mit Händen zu greifen.<sup>61</sup> Eigenwillige Äußerungen von der Basis und Konkurrenzverhalten gegenüber der SED auf Orts- und Kreisebene wurden zwar vom MfS als »Oppositionspolitik« notiert und weitergemeldet, aber man griff nicht direkt ein. Auch im Falle Bertling mischte sich das MfS nicht ein, als der IM in Frankfurt/O. mit anderen einen kleinen Putsch gegen die CDU-Parteiführung inszenierte. Bertlings Führungsoffizier riet ihm »auftragungsgemäß« lediglich ab, seine Pläne weiter zu verfolgen.<sup>62</sup> Nachdem Bertlings Pläne gescheitert waren, wurde er als Sekretariatsmitglied der CDU abberufen und aus dem Bezirksvorstand ausgeschlossen. Dadurch verlor er seinen Wert für das MfS; der IM-Vorgang wurde abgeschlossen.

Obwohl die CDU – im Vergleich zur SED – bis in die 70er Jahre hinein über kirchenpolitisch weit besser geschulte Funktionäre verfügte – wodurch lange eine gewisse Abhängigkeit der führenden Partei von ihrer Blockpartei gegeben war –, bildete das knappe Reservoir an fähigen Kadern die Hauptschwachstelle auch der Ost-CDU.<sup>63</sup> Die Schulungsinhalte

59 Vgl. A. SCHALÜCK (wie Anm. 22), S. 88.

60 Vgl. dazu M. KIEFER (wie Anm. 12), S. 139 ff.

61 Vgl. zur Nichtbeteiligung der CDU am »Spitzengespräch« vom 6. März 1978 G. BESIER, *Der SED-Staat und die Kirche*, Bd. 2: *Die Vision vom »Dritten Weg«*, Berlin 1995, S. 99 ff. u. 243 ff.; siehe auch Bertlings Protest gegen die Ausschaltung der CDU, Information vom 17.3.1978, BStU, ASt. Berlin, AIM 8199/91, Bd. 1, Bl. 110.

62 Vgl. Abschlußbericht zum IMS »Heinrich Schade« vom 22.12.1987, BStU, ASt. Berlin, AIM 8199/91, Bl. 192 f.

63 Vgl. dazu M. KIEFER, in: RICHTER/RISSMANN, *Ost-CDU* (wie Anm. 2), S. 141. Nach Trebs' »Memorandum über die Reorganisation der kirchenpolitischen Arbeit der CDU« vom 12.11.1964 verfügte die Partei nur über fünf Fachleute (neben ihm selbst Bredendiek, Eberhard Klages, Ordnung und Wirth) mit kirchenpolitischen Kenntnissen und Erfahrungen mit Partei-

wiesen schwere Mängel auf, die Schulungsmotivation ließ entsprechend zu wünschen übrig.<sup>64</sup> Hier konnte das MfS keine Hilfestellungen leisten, zumal es von diesem Problem in dem genannten Zeitraum selbst betroffen war.

---

und Kirchen-Apparaten und litt außerdem unter vollkommener Konzeptionslosigkeit auf dem Felde der Kirchenpolitik (BStU ZA MfS A 10990/68, Bd. VII, Bl. 88-56. Zu Klages, der vom MfS als GI »Ehrlich« geführt wurde, vgl. BStU ZA MfS A 471/79, 6 Bde.

64 Vgl. dazu M. RISSMANN, Kadenschulung (wie Anm. 5).